

Änderungsanträge zum Europawahlprogramm

Halina Wawrzyniak

S. 1

„**Auch** aus den sozialen Verwerfungen entsteht der Nährboden für rechte und rassistische Politik.“

S. 3

~~„Wir haben uns gegen die ACTA-Gesetze gestellt, um unsere Daten zu schützen.“~~
Die ACTA-Gesetze hatten nichts mit Datenschutz zu tun. Bei ACTA ging es um ein multilaterales Abkommen zur Durchsetzung internationale Standards für „geistige Eigentumsrechte“. Im Übrigen handelt es sich bei ACTA um ein geplantes Abkommen.

S. 7/14

Bitte noch mal klären, wofür die Vermögensabgabe nun wirklich sein soll. Auf Seite 7 soll sie „die durch Bankenrettung und Finanzkrise entstandenen höheren Staatsschulden“ zurückführen. Auf Seite 14 soll die Finanzierung des Zukunftsprogramm „ermöglicht werden aus bereits bestehenden Förderprogrammen und der Vermögensabgabe“.

S. 10

~~„Für Deutschland ist es endlich Zeit für einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro die Stunde. Dieser soll jährlich steigen, in den nächsten Jahren auf 12 Euro die Stunde.“~~
Die Forderung ist komplett richtig. Allerdings ist sie nicht im Europäischen Parlament durchsetzbar und für dessen Wahl schreiben wir ein Wahlprogramm.

S. 12

„DIE LINKE engagiert sich für europäische Mindestnormen, die eine gleichberechtigte Grundversorgung mit Wohnraum, Wärme, Wasser, **Zugang zum Internet** und Energie sicherstellen.“

S. 12

„Alle Programme und Aktivitäten der Europäischen Union – von der Neugestaltung des Urheberrechts ~~für Kulturschaffende~~ über ...“
Eine Neuregelung des Urheberrechts ist nötig. DIE LINKE hat bislang aber Wert darauf gelegt, dass das Urheberrecht zu einem Ausgleich der berechtigten Interessen der Urheberinnen und Urheber und der Nutzerinnen und Nutzer führen muss. Die Frage der sozialen Absicherung stellt sich vor allem über das Urhebervertragsrecht.

S. 13

„Wir bekämpfen alle Formen der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, **des Glaubens**, von Migrantinnen und Migranten ...“

S. 19

„Wir fordern die Ratifizierung der internationalen Übereinkommen zu Bekämpfung des Lobbyismus ~~und wollen die Bestechung deutscher Abgeordneter unter Strafe stellen.“~~
Die Forderung ist komplett richtig. Aber die Bestechung deutscher Abgeordneter unter Strafe zu stellen kann und sollte nicht über das Europäische Parlament geregelt werden.

S. 19

„Wir wollen ein verbindliches und transparentes Lobbyregister einführen und treten für ein Beschäftigungsverbot von Lobbyisten in der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament, ~~Bundesministerien und bei Vollzeitparlamenten von Abgeordneten bei Unternehmen und Lobbyorganisationen ein.“~~
Die Forderung ist richtig. Aber über Bundesministerien wird nicht im Europäischen Parlament entschieden.

S. 21

„In Deutschland versucht die „Alternative für Deutschland“ ... bleibt im Kern doch eine wirtschaftsliberale, **rechtspopulistische und wohlstandschauvinistische** Partei.

S. 23

~~„Die Rechte der Urheber wollen wir stärken. Kulturschaffende müssen eine angemessene Vergütung für ihre Arbeit erhalten. DIE LINKE stellt sich gegen Bestrebungen, in diesen Bereichen auf immer mehr Markt und immer weniger Schutz und öffentliche Förderung zu setzen.“~~

Diese Formulierung greift zu kurz und trifft nicht den Kern des Problems (vgl. insoweit auch Argumentation zu Seite 12). Alternativ –falls es nicht konkreter gefasst werden soll- sollte das Parteiprogramm zurückgegriffen werden.

„Die Rechte der Urheberinnen und Urheber gegenüber den Verwertungsunternehmen wollen wir stärken. DIE LINKE setzt sich für ein Verbot von Verträgen ein, bei denen sämtliche Nutzungsrechte an Werken ohne räumliche und zeitliche Begrenzung gegen ein fixes Honorar an Verwerter abgetreten werden (Total-Buy-Out). Wir setzen uns dafür ein, dass für möglichst alle Gruppen von Urheberinnen und Urhebern verbindliche Vergütungsregeln bzw. Urhebertarifverträge vereinbart werden. Wir wollen, dass die Leistungen professionell schöpferisch Tätiger angemessen vergütet werden und zugleich einen Ausgleich finden, damit nichtkommerzielle Nutzung und kreative Weiterverarbeitung möglichst wenig eingeschränkt werden.“